

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Jörg Tauss, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Christian Simmert, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/9272 –**

Bildung ist Zukunft

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Ernst Burgbacher, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/9257 –**

Für eine neue Bildung in Deutschland – Konsequenzen aus der PISA-Studie

A. Problem

1. Internationale Bildungsvergleiche, wie die PISA-Studie, haben aufgezeigt, dass in Deutschland in den letzten Jahren gravierende Bildungsdefizite entstanden sind. Eine innovative und zukunftsfähige Bildungspolitik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund und ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft die Bildungsangebote gleichermaßen wahrnehmen können.
2. Nicht erst die Ergebnisse der PISA-Studie, sondern bereits das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der TIMSS-Studie haben gezeigt, dass die Qualität des deutschen Bildungssystems unzureichend ist. Da Bildung aber der wichtigste Rohstoff in unserer Gesellschaft ist, muss das Bildungssystem jungen Menschen Wissen und Fähigkeiten sowie Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur vermitteln können.

B. Lösung

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Bildung und Forschung einen Schwerpunkt ihrer Politik zu setzen. Im Rahmen der finanzpolitischen Leit-

linien sollen die vom Forum Bildung vorgeschlagenen Schwerpunkte und Forderungen wie bisher engagiert und zielorientiert umgesetzt werden.

Annahme des Antrags – Drucksache 14/9272 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

2. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/9257 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags zu 1. und Annahme des Antrags zu 2.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/9272 – anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 14/9257 – abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichtersteller

Angelika Volquartz
Berichterstatlerin

Dr. Reinhard Loske
Berichtersteller

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Maritta Böttcher
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Angelika Volquartz, Dr. Reinhard Loske, Ernst Burgbacher und Maritta Böttcher

I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 242. Sitzung am 13. Juni 2002 den **Antrag – Drucksache 14/9272** – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Haushaltsausschuss überwiesen.
2. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 242. Sitzung am 13. Juni 2002 den **Antrag – Drucksache 14/9257** – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Antrag auf Drucksache 14/9272

Zum Beginn des 21. Jahrhunderts steht Deutschland im Wandel zur Wissens- und Bildungsgesellschaft, der neue Herausforderungen mit sich bringt. Hier kommt es nicht nur auf die Vermittlung inhaltlichen Basiswissens an, sondern vor allem auf die Förderung personaler und sozialer Kompetenzen. Der Deutsche Bundestag bekräftigt deshalb die Notwendigkeit, die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung als Lernziel und Leitbild einer neuen Lernkultur in alle Bereiche des Bildungssystems zu integrieren. Die Vorschläge des Forums Bildung werden ausdrücklich begrüßt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien an der Umsetzung der vom Forum Bildung vorgeschlagenen Schwerpunkte und Forderungen wie bisher engagiert und zielorientiert mitzuwirken. Für die Mitwirkung des Bundes werden u. a. folgende Schwerpunkte gesehen:

- nachhaltige Steigerung des Anteils an Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen,
- deutliche Erhöhung des Anteils an Abiturienten,
- laufbahn- und besoldungsrechtliche Gleichstellung von Masterabschlüssen an Universitäten und Fachhochschulen,
- Ausbau der Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher, insbesondere Kinder aus nach Deutschland zugewanderten Familien,
- Reformen zur Verbesserung der Frühförderung,
- Aufbau einer nationalen Bildungsberichterstattung,
- verstärkte Förderung der Bildungsforschung.

2. Antrag auf Drucksache 14/9257

Da Bildung der wichtigste Rohstoff in unserer Gesellschaft ist und gleichrangig mit der Vermittlung von Wissen und

Fähigkeiten das Bildungssystem jungen Menschen auch Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur nahe bringen soll, möge der Deutsche Bundestag einen Katalog von Forderungen zur Verbesserung des deutschen Bildungssystems beschließen. Oberste Priorität der Bildungspolitik in Bund und Ländern muss die Verbesserung der Qualität der Bildung und Ausbildung sein. Zur Verbesserung der Datenlage werden Bund und Länder aufgefordert, einmal pro Legislaturperiode einen nationalen Bildungsbericht vorzulegen, mit dessen Erhebung ein unabhängiges Institut beauftragt werden soll. Die Umsetzung der Beschlüsse des Forums Bildung sollen durch ein begleitendes, von Bund und Ländern finanziertes, Monitoring überwacht werden. Bei der Einrichtung von Ganztagschulen bietet der Bund die Förderung von Modellvorhaben in Ländern und Kommunen an. Der Deutsche Bundestag fordert die Finanzminister der Länder auf, der Bildungspolitik auch finanziell einen höheren Stellenwert zu geben. Weiterhin werden die Bundesländer aufgefordert, unabhängige Qualitätssicherungsagenturen zu gründen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Antrag auf Drucksache 14/9272

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS dem federführenden Ausschuss die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 die Vorlage beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, die Vorlage anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS dem federführenden Ausschuss die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

2. Antrag auf Drucksache 14/9257

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner Sitzung am 3. Juli 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

**IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse
im federführenden Ausschuss**

Am 23. Januar 2002 beschloss der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung einvernehmlich, eine öffentliche Anhörung zum Thema „Folgerungen aus der PISA-Studie und den Empfehlungen des Forum Bildung“ durchzuführen.

Als Sachverständige zu dieser Anhörung, die am 20. März 2002 stattfand, waren geladen:

- Prof. Dr. Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Hamburg
- Renate Hendricks, Bundeselternrat, St. Augustin
- Prof. Dr. Gotthilf Hiller, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

- Prof. Dr. Eckhard Klieme, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main
- Dr. Hans R. Leu, Deutsches Jugendinstitut, München
- Jürgen Oelkers, Pädagogisches Institut der Universität Zürich
- Riitta Piri, Zentralamt für Unterrichtswesen Finnland
- Dr. Jürgen Rolle, Institut für Sozialpädagogik, Köln
- Andreas Schleicher, PISA-Sekretariat, Paris
- Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, Ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Ulm
- Dr. Eva-Maria Stange, GEW, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Wolfgang Tietze, FU Berlin
- Sybille Volkholz, Heinrich-Böll-Bildungskommission, Berlin
- Prof. Dr. Günter Wilms, Eichwalde bei Berlin

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Anhörung wird auf das Protokoll der 65. Sitzung des Ausschusses am 20. März 2002 verwiesen.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Anträge in seiner Sitzung am 3. Juli 2002 im Zusammenhang mit einer allgemeinen Aussprache über die PISA-Studie beraten und die vorgenannten Beschlussempfehlungen verabschiedet. Im Verlauf dieser Beratung informierte die Bundesregierung den Ausschuss über die Pläne zum Erlass eines Bundesschulrahmengesetzes.

Bezüglich des Beratungsverlaufs im federführenden Ausschuss wird auf das Protokoll der 73. Sitzung am 3. Juli 2002 verwiesen.

Berlin, den 3. Juli 2002

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Angelika Volquartz
Berichterstatlerin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatlerin

